



15/2011

1. Wachstumsorientierte Haushaltskonsolidierung schreitet voran

In dieser Woche schließen wir die Haushaltsberatungen für das Jahr 2012 ab. Das sind 22,3 Mrd. Euro Neuverschuldung weniger als für 2011 geplant und bedeutet die Unterschreitung der zulässigen Grenze der Schuldenbremse um mehr als 14 Mrd. Euro. Ob wir im kommenden Jahr den Neuverschuldungsrahmen von 26,1 Mrd. Euro ausschöpfen werden, wird sich Ende 2012 zeigen. Für das laufende Jahr zeichnet sich ab, dass wir statt der geplanten 48,4 Mrd. Euro Neuverschuldung mit einem Ist-Wert von weniger als 25 Mrd. Euro neuer Schulden das Jahr 2011 abschließen können. Auch dies ist ein Erfolg der unionsgeführten Bundesregierung. Unser Konsolidierungskurs schließt die erforderliche Stärkung der Wachstumskräfte ein. Aufgrund der sich abschwächenden Konjunkturerwartungen haben wir in den Planungen für 2012 auf noch weiter gehenden Schuldenabbau verzichtet. Wir halten die Ausgaben stabil und setzen Akzente in Zukunftsbereichen. Gegenüber dem Regierungsentwurf erhöhen wir deshalb die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur um eine Mrd. Euro. Für Maßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen stehen 600 Mio. Euro zur Verfügung, im Bereich Bundeswasserstraßen 300 Mio. Euro und für Schienenwege 100 Mio. Euro. Dem Bereich Bildung und Forschung stehen für 2012 insgesamt knapp 13 Mrd. Euro zur Verfügung. Das ist eine Steigerung um mehr als elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der ursprünglich im Regierungsentwurf vorgesehene Haushaltsansatz für die Städtebauförderung von 410 Mio. Euro wird um 45 Mio. Euro aufgestockt. Der Bund stellt damit genauso wie im laufenden Jahr auch 2012 ein Fördervolumen in Höhe von 455 Mio. Euro für neue Maßnahmen zur Verfügung. Der Bundeshaushalt 2012 steht im Lichte unserer europäischen Verantwortung. Wir können bereits in diesem Jahr die 3%-Nettoneuverschuldungsgrenze wieder einhalten und werden sie auch 2012 deutlich unterschreiten. Überdies steuern wir – über die mittelfristige Finanzplanung – darauf hin, entsprechend dem verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt die 60%-Schuldenstandsmarke wieder einzuhalten, ausgehend von einem Wert von voraussichtlich 81,6% in 2011. Deutschland zählt zu den haushaltspolitischen Vorbildern in Europa. Diesen Ansprüchen zu genügen, ist wichtiger denn je.

2. Renten steigen, Beitragssatz zur Rentenversicherung sinkt

Die unionsgeführte Bundesregierung hat Deutschland gut durch die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise geführt. Der Arbeitsmarkt ist in der besten Verfassung seit 20 Jahren: Mehr als 41,2 Millionen Menschen sind erwerbstätig – das sind 495.000 Personen mehr, als vor einem Jahr; die Zahl der Arbeitslosen ist deutlich unter die 3-Millionen-Marke gesunken; in diesem Jahr gab es deutliche Lohnerhöhungen von drei, vier Prozent und mehr. Die ausgezeichnete Entwicklung am Arbeitsmarkt füllt auch die Rentenkasse. Ihre Rücklage wird Ende 2011 fast 24 Mrd. Euro betragen und nähert sich damit der zulässigen Höchstgrenze des 1,5-fachen einer Monatsausgabe an. Diesem Erfolg der christlich-liberalen Politik ist es zu verdanken, dass die Renten im Sommer des nächsten Jahres voraussichtlich um 2,3 Prozent im Westen und 3,2 Prozent im Osten ansteigen werden. Aber auch die Beitragszahler profitieren von dieser Entwicklung: Das Bundeskabinett hat am vergangenen Mittwoch beschlossen, den Beitragssatz für die Rentenversicherung zum 1. Januar 2012 von 19,9 auf 19,6 Prozent zu senken. Mit diesem Schritt entlasten wir die Arbeitnehmer und Arbeitgeber insgesamt um je 1,3 Mrd. Euro und stärken in einem schwieriger werdenden Umfeld das Wachstum in Deutschland.

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emilienstraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de

3. Signal der Stärke und Geschlossenheit

Nach dem Parteitag der CSU hat auch der 24. Bundesparteitag der CDU in Leipzig gezeigt: Die Union ist die große gesellschaftliche Kraft in unserem Land, die für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft und des sozialen Ausgleichs, der Wettbewerbsfähigkeit und des Zusammenhalts, von Maß und Mitte steht. Wir sind die Kraft, die intensiv über die politische Ausrichtung des Landes diskutiert, dann unterschiedliche Positionen aber auch zusammenführen kann. Insbesondere in drei Bereichen hat der 24. CDU-Bundesparteitag wichtige Entscheidungen getroffen: Mit dem Europaantrag wird deutlich, dass Deutschlands und Europas Zukunft untrennbar miteinander verbunden sind. Der Euro ist weit mehr als eine Währung. Scheitert er, dann scheitert Europa. Deshalb müssen wir die Europäische Union weiterentwickeln. Das heißt mehr und nicht weniger Europa, insbesondere im Bereich der Finanzen. Während die frühere rot-grüne Bundesregierung den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgeweicht und damit faktisch ausgehebelt hat, wollen wir ein strenges wirtschafts- und finanzpolitisches Regelwerk, das für solide Staatsfinanzen in allen Mitgliedstaaten sorgt. Die Union will die richtige Schule für jedes Kind, nicht aber die Einheitsschule für alle. Mit dem Beschluss „Bildungsrepublik Deutschland“ steht die CDU für ein begabungsgerechtes und differenziertes Schulsystem. Die neu vorgesehene Möglichkeit der Zusammenfassung von Haupt- und Realschulen ist ein Angebot an die kommunalen Schulträger, um den Fortbestand von weiterführenden Schulen im ländlichen Raum auch bei sinkenden Schülerzahlen zu erhalten. Darüber hinaus stehen wir zu Haupt- und Realschulen sowie zu integrativen Schulformen, wo diese funktionieren und dem Elternwillen entsprechen. Im Zentrum unserer Partei steht nicht das Geld, sondern der Mensch. Die Würde des Menschen hat keinen Preis, sie ist unbezahlbar. Im Zentrum unserer Politik steht das christliche Menschenbild, steht das „C“ und nicht das Dollar-Zeichen. Deshalb setzt die CDU sich für eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen ein, in denen es keinen tarifvertraglich festgelegten Lohn gibt. Dabei ist klar: Es geht um eine marktwirtschaftlich organisierte Lösung, nicht um einen politischen Mindestlohn. Die Lohnuntergrenze, die sich an den für allgemein verbindlich erklärten, tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren soll, muss deshalb durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt werden. Allein sie kann auch die notwendigen Einzelheiten klären und erforderlichen Differenzierungen bei der Festsetzung einer Lohnuntergrenze vornehmen.



Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Cajus Caesar". The signature is written in a cursive, flowing style.

Ihr Cajus Caesar